

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 95. Ratssitzung vom 14. Dezember 2011

2094. 2011/345

Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 21.09.2011
- Produktgruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 21.09.2011
- Novemberbrief vom 9. November 2011
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 05.12.2011
- Anträge der RPK vom 05.12.2011, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern (Nachversand vom 12.12.2011) und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

*Namens der RPK nimmt der Präsident **Dr. Urs Egger (FDP)** Stellung: Die RPK hat den Entwurf des Stadtrats zum Budget 2012 geprüft. Sie konnte aufgrund des Revisionsberichts feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Ertragsüberschuss in der laufenden Rechnung von 6,6 Mio. Franken vor. Dieser ergibt sich aus einem Aufwand von 8,384 Mrd. Franken und Erträgen von 8,39 Mrd. Franken. Gegenüber dem Budget 2011 steigt der Gesamtaufwand um 463 Mio. Franken, was vor allem durch höhere Steuereinnahmen ausgeglichen wird. Wenn das im Budget 2011 zugrunde gelegte Eigenkapital von 721 Mio. Franken angenommen wird, kann unter Verrechnung der aktivierten Schuld gegenüber der städtischen Pensionskasse per 31.12.2012 mit einem Eigenkapital von rund 350 Mio. Franken gerechnet werden. Der budgetierte Personalaufwand 2012 steigt gegenüber dem Budget 2011 um 171 Mio. Franken an. Dieser Betrag kommt durch eine markante Steigerung der Personalstellenwerte und Lohnerhöhungen sowie durch die von einer Mehrheit des Gemeinderats bewilligten höheren Aufwendungen für die Pensionskasse zustande. Auch der Sachaufwand steigt mit 1,792 Mrd. Franken gegenüber dem Budget 2011 um 19,1 Mio. Franken. Die Investitionen liegen allerdings tiefer als im Budget 2011. Der Selbstfinanzierungsgrad von 54,5 Prozent steigt zwar gegenüber dem Vorjahr wieder an, ist aber noch deutlich vom langfristig angestrebten Niveau entfernt. Eine Minderheit der RPK betrachtet den Selbstfinanzierungsgrad, der zu einem grossen Teil durch Abschreibungen erzielt wird, als ein gewisses Risiko, weil die Innenfinanzierung durch Abschreibung mit Unwägbarkeiten verbunden ist. Zu den Sonderfaktoren: Durch die Neuorganisation des kantonalen Finanzausgleichs und der Spitalfinanzierung treten neue Effekte auf, die vor allem im Gesundheitssektor nur schwer voraussehbar sind. Die Berechnungen von Regierungsrat und Stadtrat zu den daraus resultierenden Einsparungen gehen dabei um rund 40 Mio. Franken auseinander. Hier könnten in der Rechnung 2012 noch Überraschungen auftreten.*

ten. Aufgrund der Einsparungen in diesem Bereich hält eine Minderheit der RPK eine Steuerfuss-senkung von 1 Prozent für möglich. Mit dem Abschluss der Pilotphase der Dienstabteilungen mit Globalbudget fließen der Stadtkasse durch die Auflösung der WOV-Reserven einmalig 19 Mio. Franken zu. Die RPK ist bei der Beurteilung der geplanten Investitionen und den nicht aufgenommenen Investitionen an Grenzen gestossen und hat daher den Stadtrat eingeladen, die Investitionsstrategie mit den Mittelfristperspektiven vorzustellen. Die RPK beantragt die Behandlung des vorliegenden Voranschlags 2012 mit den eingereichten Änderungsanträgen. Den Anträgen des Stadtrats zur Genehmigung des Budgets der PWG, der Festlegung des Steuerfusses bei 119 Prozent, der Kenntnisnahme des Globalbudgets der AOZ und der Zustimmung zum Budget der Stiftung «Wohnungen für kinderreiche Familien» wird mehrheitlich zugestimmt. Eine Minderheit der RPK lehnt das Budget ab. Die RPK dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für die Beantwortung der zahlreichen Rückfragen zum Budget 2012 innert kurzer Frist und für die generell gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der RPK für die gute Zusammenarbeit sowie beim Sekretariat für den enormen Einsatz.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2095 – 2101)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung:

STR Martin Vollenwyder: Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, was die Stadt Zürich schon alles erlebt und überlebt hat: In den 90er-Jahren hatten wir eine Situation, die Ende 1998 zu einem Bilanzfehlbetrag von 1,5 Mrd. Franken führte, bei einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von 350 Mio. Franken. Damals kam es zu einem Investitionsstau, und dies bei einem wesentlich höheren Steuerfuss, als wir ihn heute haben. Im Rahmen der konjunkturellen Entwicklung zu Beginn dieses Jahrtausends konnte der Bilanzfehlbetrag korrigiert werden. Ende 2011 wird das Eigenkapital der Stadt Zürich noch 720 Mio. Franken betragen. Die Rechnung 2011 wird voraussichtlich schwarz sein, trotz den Zusatzkrediten von 50 Mio. Franken. Es sieht demnach gar nicht so schlecht aus. Ende 2015 wird die Stadt Zürich noch ein Eigenkapital von rund 330 Mio. aufweisen. Der Stadtrat hat in den letzten paar Jahren bewiesen, dass er mit dem Geld sorgsam umzugehen weiss. Hatten sich in den 90er-Jahren noch zehn Defizite aneinandergereiht, konnten wir in den letzten zehn Jahren mit immerhin sieben Rechnungen positiv abschliessen. Die Investitionen lagen in den letzten vier Jahren im Schnitt bei 850 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen 2011 werden ungefähr 862 Mio. Franken betragen. In den letzten acht Jahren ist die Stadt Zürich um 27 000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen, was gesamthaft betrachtet als positive Entwicklung bezeichnet werden darf. Besonders erfreulich ist auch die Tatsache, dass heute wesentlich mehr Familien mit Kindern hier wohnen als noch vor zehn Jahren – unser preiswertes Angebot im Bereich Krippen und Horte ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Budget und Rechnung können nie miteinander übereinstimmen. Die Abweichung beträgt 2011 aber nur ungefähr ein Prozent. In Zukunft erwarten uns angesichts der zwei Jahre Verspätung, die wir auf die konjunkturelle Entwicklung haben, grosse Herausforderungen. Die Situation fängt gerade an, sukzessive auf den Arbeitsmarkt durchzuschlagen. Im Finanzplan sind die zu erwartenden Risiken aber bereits abgebildet. Wir

sind uns bewusst, dass beim Steuerertrag in den nächsten zwei Jahren kein Zuwachs mehr zu erwarten ist. Die öffentliche Hand verfügt aber über Reserven, die gerade dazu da sind, schwere Zeiten zu überstehen. Ein weiteres Risiko geht von der schwierigen Situation des Kantons aus, die auf die Gemeinden zurückschlagen könnte. Nichtsdestotrotz, die Rechnung 2011 fällt positiv aus.

Eintretensdebatte:

Monika Erfigen (SVP): Bevölkerungszuwachs und höhere Ausgaben – diese Rechnung wird langfristig nicht aufgehen. Im Verwaltungsbereich beträgt die Zunahme gegenüber dem Budget 2011 fast 500 Mio. Franken. Gemäss dem Vorwort zum Budget kann eine substanzielle Reduktion des Aufwands nur mittels Überprüfung der Aufgaben der Stadt Zürich erfolgen. Es sei Sache der Politik, die entsprechenden Prioritäten zu setzen. Nun hat letztes Jahr eine bürgerliche Mehrheit genau diese Prioritäten gesetzt und ein ausgeglichenes Budget verlangt. Der Stadtrat hat den Auftrag allerdings nicht ernst genommen. Auch für das kommende Jahr rührt der Stadtrat einmal mehr mit der grossen Kelle an. Die prioritären Legislaturziele, nämlich gesunde Finanzen und die Bildung von Reserven für die Zukunft, sind vergessen. Legislaturziele für schwierige Finanzlagen und für eine steigende Zahl von Sozialfällen existieren auf dem stadträtlichen Wunschzettel überhaupt nicht. Der Stellenausbau in der Stadtverwaltung geht auch nächstes Jahr munter weiter. Es sind wieder mehr als 250 neue Stellen geplant. Der voraussichtliche Personalaufwand von 2,658 Mrd. Franken liegt 171 Mio. Franken über den für das laufende Jahr budgetierten Ausgaben und wird 913 Mio. Franken oder über 52 Prozent über dem Personalaufwand von 2001 liegen. Dass die Wohnbevölkerung in der Stadt Zürich in der gleichen Zeitspanne nicht annähernd um so viel zugenommen hat, bedarf keiner speziellen Erwähnung. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 54,5 Prozent nach wie vor unter dem finanzpolitischen Soll-Wert von 60 bis 70 Prozent. Die Schuldenlast unserer schönen Stadt wird auf rund 9 Mrd. Franken verharren. Die tatsächliche Zinsbelastung des Haushalts wird aber durch die Nettozinslast bestimmt. Diese wird um 18,4 Mio. Franken zunehmen und neu 85,6 Mio. Franken, d. h. jeden Tag rund 235 000 Franken, betragen. Der Haushalt wird dadurch mit 5,5 Steuerprozenten belastet. Den grosszügigen zinslosen Darlehen einerseits und der Restschuld gegenüber der Pensionskasse der Stadt andererseits sei Dank. Angesichts der nach wie vor prekären Situation an den Finanzmärkten und den alles andere als rosigen Aussichten bei den Steuererträgen kann nur eine einschneidende Kurskorrektur erfolgreich sein. Der Forderung nach immer mehr städtischen Leistungen muss ein Riegel geschoben werden.

Roger Liebi (SVP): Gemäss dem diesjährigen Bericht der RPK beträgt das Eigenkapital 377 Mio. Franken, einschliesslich die Pensionskasse. Zusammengerechnet mit den kumulierten Defiziten von 395 Mio. Franken, die im Aufgaben- und Finanzplan 2012-2015 genannt werden, führt dies zu einem negativen Ergebnis für das Jahr 2015. Uns stehen tatsächlich schwierige Zeiten bevor. Die Ängste vor der Zukunft kamen in den Fraktions-erklärungen zum Ausdruck. Es hat sich gezeigt, dass ausser den Sozialdemokraten und den Grünen keine Partei zufrieden ist mit dem Finanzvorstand. Angesichts der immer bescheidener werdenden Schätzungen des Wirtschaftswachstums einerseits und dem

gesteigerten Personalaufwand in der Verwaltung andererseits kommen einem fast die Tränen. Allein beim Personal wurden seit 2003 800 Mio. Franken mehr ausgegeben. Alle Seiten fordern jetzt vom Stadtrat, dieser ewigen Personalsteigerung ein Ende zu setzen. Wir haben die Chance, mit diesem Budget entsprechend vorwärts zu gehen und allenfalls mit Steuersenkungen denjenigen Leuten zu helfen, die nicht in der städtischen Verwaltung arbeiten, aber – im Gegensatz zur Hälfte der städtischen Angestellten – in der Stadt Zürich leben. Es wäre angemessen, die Stadtbevölkerung von der guten Wirtschaft profitieren zu lassen.

STR Martin Vollenwyder: *Zur Pensionskasse: Würde alles nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2) bewertet, hätten wir ein verdächtig hohes Eigenkapital von ungefähr 6 Mrd. Franken. Zum Personalbestand: Allein angesichts der vielen Rückfragen an das Finanzdepartement ist es eigentlich erstaunlich, dass wir mit so wenig Personal auskommen. Es ist übertrieben, von uns zu verlangen, der Personalzuwachs sei auf 0,01 Stellenprozent genau aufzulisten. Dies wäre nicht verhältnismässig. Zu den zinsfreien Darlehen: Die meisten sind bereits abgeschrieben, weil wir ja gezwungen sind, degressiv 10 Prozent pro Jahr abzuschreiben, was natürlich eigentlich völlig übertrieben ist.*

Samuel Dubno (GLP): *In unserer Fraktionserklärung haben wir aufgezeigt, wie sich die mittelfristige Planung innerhalb von etwas mehr als zwölf Monaten verändert hat. Im Verlauf der Debatte werden Sie feststellen, dass die GLP bei verschiedenen Anträgen nicht so stimmen wird, wie es auf der Budgetfahne vorgesehen ist. Bei verschiedenen Anträgen werden wir von der Enthaltung zur Mehrheit oder Minderheit wechseln, bei anderen Anträgen werden wir umgekehrt von der Mehrheit oder Minderheit in die Enthaltung gehen. Der erste Grund dafür ist, dass wir innerhalb der Fraktion sehr intensiv und lange über einzelne Anträge diskutiert haben und deshalb einzelne Positionen erst letzten Mittwoch definitiv festlegen konnten. Der zweite Grund liegt in den Pauschalanträgen, die wir stellen; grundsätzlich werden wir bei Anträgen auf Konti, bei denen unsere Pauschalkürzungsanträge eine Mehrheit finden werden, in die Enthaltung wechseln, wenn es um die einzelnen Dienstabteilungen geht. Der Stadtrat hat dann nämlich bereits den Auftrag erhalten, solche Kürzungen auf die Dienstabteilungen zu übertragen. Mit unserem Stimmverhalten wollen wir in diesen Fällen weder für grössere Einsparungen eintreten noch Beträge auf einzelne Dienstabteilungen zementieren. Bei den Konti, auf die wir einen Pauschalantrag gestellt haben, die aber im Rat keine Mehrheit finden, werden wir im Verlauf der Debatte aus der Enthaltung herausgehen und einzelne Sparanträge bei einzelnen Dienstabteilungen unterstützen. Von diesem Stimmverhalten werden wir punktuell abweichen, wenn wir einzelne Kürzungen ausdrücklich unterstützen wollen, oder wenn umgekehrt einzelne Sparanträge unverhältnismässig in Dienstabteilungen und auf Konti gestellt werden.*

Florian Utz (SP): *In dieser Budgetdebatte werden alle Parteien so stimmen, wie sie es für richtig halten, sodass wir am Ende ein von einer demokratisch legitimierten Mehrheit beschlossenes Budget haben werden. Bereits der Stadtrat hat der RPK ein gutes Budget vorgelegt, das in der Kommission noch vereinzelt Verbesserungen erfahren hat, nämlich im sozialen und im ökologischen Bereich sowie auch betreffend den Wohnbau-*

artikel und die Städteinitiative. Es ist der SP bewusst, dass diese Verbesserungen nicht gratis sein können. Im Sinn einer finanzpolitischen Verantwortung waren wir deshalb bereit, einzelne Kürzungsanträge andernorts zu stellen und Kürzungsanträge anderer Parteien punktuell mitzutragen. Wir können uns z. B. vorstellen, bei den Druck- und Portokosten zu sparen, indem Dokumente vermehrt per E-Mail verschickt werden. Diese Kürzungen sind für die SP aber kein Selbstzweck; wir tragen sie mit, um dadurch den finanzpolitischen Spielraum zur Durchsetzung wichtiger Verbesserungen im ökologischen und im sozialen Bereich zu gewinnen. So werden wir z. B. die Projektierung von drei neuen Velowegen und einem automatischen Veloparking-System in der Innenstadt sowie 3 Mio. Franken zusätzlich für die ökologische Sanierung von städtischen Liegenschaften beantragen. Wichtig war uns auch, dass die Änderungen am Budget eine klare soziale Handschrift tragen. Es geht uns und der Stadt Zürich gut, deshalb können wir an jene Menschen denken, denen es nicht ganz so gut geht – und die Entwicklungshilfe hoffentlich um 1 Mio. Franken erhöhen.

Roger Bartholdi (SVP): Im Budget 2012 wird eine Steigerung des Aufwands um 6 Prozent ausgewiesen. Der Sachaufwand ist gegenüber dem Budget 2003 um 50 Prozent gestiegen. Würde die Wirtschaft im Moment boomen, wäre eine solche Steigerung vielleicht gerechtfertigt. Gemäss Daniel Lampart, Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), sind die Zukunftsprognosen aber nicht gut.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Gefahr, dass das Budget eines Tages rot wird, besteht. Die Schweizer Konjunktur und Wirtschaft sind zwar relativ stabil, doch wir wissen nicht, was um uns herum passieren wird. Es ist davon auszugehen, dass der Euro weiter unter Druck geraten wird, wovon dann auch die Schweizer Konjunktur betroffen sein wird. Weil die Lage unsicher ist, müssen wir heute für schwierigere Zeiten vorsorgen. Die schwarze Null darf auf keinen Fall zu einem schwarzen Loch werden. Ein bloss ausgeglichenes Budget ist kein Trost; wünschenswert wäre ein Überschuss oder eine Steuersenkung, um weiterhin attraktiv zu bleiben.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Das Aus- und Weiterbildungskonto des Personals soll weiter aufgestockt werden. Das Aus- und Weiterbildungsprogramm ist 157 Seiten dick. Angeboten werden unter anderem zahlreiche esoterische Kurse, wie z. B. «Entscheiden: Lust oder Last?», «Kräfte schöpfen, bevor es brennt», «Ich kann mehr, als ich mir zutraue», «Energiebalance», «Väter zwischen Beruf und Familie» oder «Trauen Sie sich». Angesichts dieser Kursflut ist es gerechtfertigt, den Budgetposten zu kürzen. Wir halten uns dabei an den Betrag aus dem Budget 2011.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK lehnt Kürzungen nicht grundsätzlich ab. Die Rasenmäheranträge der SVP werden aber von der Mehrheit der RPK abgelehnt. Auf einigen Konti quer über fast alle Dienstabteilungen sollen die Beträge auf die Zahlen des Sparbudgets 2011 zurückgeschnitten werden. Die Anträge der SVP nehmen keine Rücksicht auf die Situation in den einzelnen Dienstabteilungen. Das einzige Argument für die Kürzung lautet: Im letzten Jahr habe man schliesslich auch nicht mehr Geld zur Verfügung gehabt. Den Antrag auf die Kürzung der Aus- und Weiterbildung lehnt eine Mehrheit der RPK entschieden ab. In vielen Bereichen, wie z. B. im Gesundheitswesen oder bei der Polizei, ist es wichtig, dass das Personal auf dem neuesten Technik- und Wissensstand ist. Natürlich können einige Angebote kritisch hinterfragt werden. Im Grossen und Ganzen sind die Aus- und Weiterbildungen aber nützlich und sinnvoll und stehen im Dienst der Bevölkerung. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag deshalb ab.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP): Für das Personal der Stadtverwaltung werden für das nächste Jahr 24 382 500 Franken Aus- und Weiterbildungskosten budgetiert. Dies bedeutet jedes Jahr wiederkehrend 1 000 Franken für jeden einzelnen Angestellten und jede einzelne Angestellte. Von der Wichtigkeit der Aus- und Weiterbildung sind wir überzeugt. Sie muss aber gezielt und mit Augenmass erfolgen. Die einzelnen Dienstabteilungen werden mit dem Betrag, der ihnen für das laufende Jahr zur Verfügung steht, sicher auch nächstes Jahr auskommen.

Dr. Urs Egger (FDP): Bei diesen fünf Anträgen ist die FDP wegen des Diskussionsmechanismus in der Enthaltung. In den Bereichen, die wir nicht kürzen wollen, wie z. B. im Bereich Aus- und Weiterbildung, werden wir mit dem Stadtrat stimmen. Wo wir aber später eigene und andere Kürzungen unterstützen, bleiben wir in der Enthaltung.

Walter Angst (AL): Dieser Antrag ist insofern speziell, als auf dem Konto verschiedene Posten eingestellt sind. Je nach Dienstabteilung kann die Aus- und Weiterbildung eines Polizisten oder aber diejenige einer Buschauffeuse betroffen sein. Vom HR Stadt Zürich (Human Resources Management) haben wir die Auskunft erhalten, die Entwicklung der Aus- und Weiterbildungskosten würde nächstes Jahr überprüft werden. Deshalb scheint es mir verfehlt, den Rasenmäherantrag der SVP zu unterstützen. Auch das Vorhaben der GLP, im Jahr 2012 eine pauschale Kürzung als Auftrag des Stadtrats weiterzugeben, ist nicht sinnvoll. Wir sollten vielmehr die Ergebnisse des HR abwarten. Es ist unbestritten, dass sich das Geld vielleicht sparsamer oder gezielter einsetzen lässt. Die Argumente und Beispiele der SVP schiessen aber am Ziel vorbei.

Roger Liebi (SVP): Als es in der Budgetdebatte 2011 um die pauschalen Kürzungen ging, waren die FDP und andere Parteien noch gleicher Meinung wie wir. In der kurzen Zeit, die seither verstrichen ist, dürfte sich der Aus- und Weiterbildungsbedarf der städtischen Angestellten nicht wesentlich verändert haben. Deshalb verstehe ich das Verhalten nun nicht ganz, insbesondere auch nicht, ob die FDP jetzt in der Enthaltung ist oder nicht. Ohne Not dürfte der Überprüfungswille des Finanzvorstands jedenfalls nicht entstanden sein.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Gegen die Aus- und Weiterbildung als Investition in das Human Capital und in die Zukunft ist nichts einzuwenden, solange sie sich in einem vernünftigen Rahmen bewegt. Nicht vergessen sollten wir aber die indirekten Kosten, die durch das wegen der Kurse vom Arbeitsplatz abwesende Personal entstehen. Eine Personalaufstockung könnte die Folge sein. Im Vergleich zum Budget 2011 wurde der Betrag für den Bereich HR um rund 25 Prozent heraufgesetzt. Die Beträge für die Stadtpolizei, die Pflegezentren, das Tiefbauamt, die Stadtreinigung und die Immobilien-Bewirtschaftung wurden unverständlicherweise verdoppelt. Beim Schulamt ist es sogar noch mehr als eine Verdoppelung. Die Aufstockung ist massiv; eine Kürzung ist gerechtfertigt.

S. --	3091 0000	Aus- und Weiterbildung Personal			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		5'379'500		Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
				Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Beträge gemäss Budget 2011 Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

Konto 3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals

Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	40'000	-	5'000	35'000
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	3'000	-	700	2'300
1020	Stadtkanzlei	25'000	-	2'500	22'500
1025	Rechtskonsulent	4'000	-	1'000	3'000
1030	Vormundschaftsbehörde	120'000	-	60'000	60'000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	5'500	-	1'400	4'100
1070	Betreibungsämter	164'000	-	36'900	127'100
1080	Friedensrichterämter	11'500	-	1'100	10'400
1501	Kultur	10'600	-	6'500	4'100
1505	Stadtentwicklung	20'000	-	5'000	15'000
1530	Bevölkerungsamt	161'000	-	44'000	117'000
1560	Statistik Stadt Zürich	30'000	-	30'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	6'000	-	6'000	-
1565	Stadtarchiv	3'500	-	3'500	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	32'700	-	8'200	24'500
2050	Human Resources Management	2'146'800	-	368'800	1'778'000
2052	Optimaler Berufseinstieg	5'600	-	2'300	3'300
2080	Organisation und Informatik	1'095'500	-	96'400	999'100
2500	PD Zentrale Verwaltung	17'500	-	4'400	13'100
2506	Blaue Zonen	15'000	-	3'000	12'000
2520	Stadtpolizei	3'229'700	-	1'140'100	2'089'600
2525	Stadtrichteramt	25'000	-	6'300	18'700

2550	Schutz und Rettung	990'000	-	52'200	937'800
2555	Dienstabteilung Verkehr	55'000	-	10'200	44'800
3000	GUD Zentrale Verwaltung	35'000	-	4'200	30'800
3010	Städtische Gesundheitsdienste	93'600	37'000	58'700	71'900
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	1'552'000	13'000	507'900	1'057'100
3026	Altersheime der Stadt Zürich	625'000	-	141'200	483'800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	99'900	-	21'400	78'500
3500	TED Zentrale Verwaltung	15'000	-	4'500	10'500
3515	Tiefbauamt	844'600	-	278'100	566'500
3535	ERZ, Abwasser	677'500	-	182'300	495'200
3550	ERZ, Abfall	908'500	-	188'300	720'200
3555	ERZ, Fernwärme	207'200	-	63'700	143'500
3560	ERZ, Stadtreinigung	326'500	-	167'000	159'500
4000	HBD Zentrale Verwaltung	90'000	-	22'500	67'500
4015	Amt für Städtebau	105'700	-	26'400	79'300
4020	Amt für Hochbauten	170'000	-	42'500	127'500
4035	Amt für Baubewilligungen	30'000	-	7'500	22'500
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	430'000	-	223'700	206'300
4500	DIB Zentrale Verwaltung	40'000	-	17'500	22'500
4525	Wasserversorgung	196'000	-	16'000	180'000
4540	Verkehrsbetriebe	998'800	-	14'800	984'000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	108'300	-	36'500	71'800
5010	Schulamt	2'595'700	-	1'067'500	1'528'200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	168'000	-	51'700	116'300
5050	Schulgesundheitsdienste	102'000	-	29'300	72'700
5500	SD Zentrale Verwaltung	26'800	-	5'900	20'900
5510	Support Sozialdepartement	208'000	-	24'100	183'900
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	80'000	-	20'000	60'000
5520	Laufbahnzentrum	140'000	-	20'000	120'000
5550	Soziale Dienste	725'000	-	240'800	484'200
Total Kürzung				5'379'500	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die Aufwandsteigerung beträgt bei der Personalwerbung gegenüber dem Vorjahresbudget fast 17 Prozent. Die Personalwerbung soll die Stadt Zürich im Jahr 2012 mehr als 7,5 Mio. Franken kosten. Müssten alle 25 000 in der Stadt Zürich tätigen Angestellten nächstes Jahr neu gesucht werden, könnten pro Mitarbeiter 3 000 Franken ausgegeben werden. Es müssen aber bei Weitem nicht alle Angestellten neu gesucht werden, und für die Personalwerbung stehen kostengünstige oder sogar kostenlose Möglichkeiten über das Internet zur Verfügung. Wir sind daher fest davon überzeugt, dass der für das laufende Jahr budgetierte Betrag von 6,5 Mio. Franken mehr als genügend ist, um alle offenen Stellen zufriedenstellend neu besetzen zu können. Wir bitten um Unterstützung für unsere 40 Kürzungsanträge.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK wird später der Kürzung von einer halben Million auf dem Konto 3092 zustimmen. Die Anträge der SVP, die einzig mit den Beträgen gemäss Budget 2011 begründet werden, lehnen wir auch in diesem Fall ab.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): 6,5 Mio. Franken ist genug Geld. Über das Internet kann heute sehr günstig Personal rekrutiert werden. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unseren Kürzungsanträgen.

Christoph Spiess (SD): Wir Schweizer Demokraten unterstützen diesen Antrag. Die im Budget vorgesehene Aufstockung des Betrags ist hoch. Die Krise, von der zurzeit alle reden, gibt es zwar nicht. Trotzdem musste ich vor Kurzem eine halbe kaufmännische Stelle ausschreiben, worauf 99 Bewerbungen eingingen. Der Aufwand dafür war sehr gering. Die Stelle selber war objektiv betrachtet nicht gerade begehrt. Angesichts solcher Erfahrungen bin ich der Meinung, dass Personalwerbung auch mit weniger Geld erfolgreich sein kann. Wir bitten Sie, dieser Kürzung zuzustimmen.

S. --	3092 0000	Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012	inkl. Nachtrag	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		670'600	-670'600	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
				Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Beträge gemäss Budget 2011 Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

Konto 3092 0000 Personalwerbung

Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	8'000	-	2'000	6'000
1020	Stadtkanzlei	24'000	-	6'000	18'000
1030	Vormundschaftsbehörde	50'000	-	30'000	20'000
1070	Betreibungsämter	36'800	-	4'700	32'100
1080	Friedensrichterämter	700	-	300	400
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	20'000	-	5'000	15'000
1501	Kultur	22'500	-	5'600	16'900
1505	Stadtentwicklung	5'000	-	1'200	3'800
1560	Statistik Stadt Zürich	15'000	-	15'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	2'000	-	2'000	-
1565	Stadtarchiv	8'000	-	8'000	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	3'000	-	800	2'200
2050	Human Resources Management	137'600	-	25'600	112'000
2500	PD Zentrale Verwaltung	1'000	-	200	800

2506	Blaue Zonen	1'500	-	400	1'100
2525	Stadtrichteramt	10'000	-	2'500	7'500
2550	Schutz und Rettung	55'000	-	1'500	53'500
2555	Dienstabteilung Verkehr	10'000	-	2'500	7'500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	23'000	-	11'400	11'600
3010	Städtische Gesundheitsdienste	30'300	3'100	3'500	29'900
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	470'000	1'400	118'900	352'500
3026	Altersheime der Stadt Zürich	198'400	-	48'400	150'000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	32'500	-	5'900	26'600
3500	TED Zentrale Verwaltung	15'000	-	3'700	11'300
3515	Tiefbauamt	280'000	-	92'500	187'500
3535	ERZ, Abwasser	160'000	-	51'200	108'800
3550	ERZ, Abfall	144'000	-	23'200	120'800
3555	ERZ, Fernwärme	21'000	-	3'700	17'300
3560	ERZ, Stadtreinigung	35'000	-	31'200	3'800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	15'000	-	5'000	10'000
4015	Amt für Städtebau	60'000	-	15'000	45'000
4020	Amt für Hochbauten	100'000	-	25'000	75'000
4035	Amt für Baubewilligungen	50'000	-	31'200	18'800
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	200'000	-	50'000	150'000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	10'000	-	2'500	7'500
5010	Schulamt	103'200	-	15'100	88'100
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	11'700	-	4'100	7'600
5050	Schulgesundheitsdienste	6'200	-	800	5'400
5510	Support Sozialdepartement	225'000	-	7'500	217'500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	30'000	-	7'500	22'500
Total Kürzung				670'600	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Kürzung der Temporären Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit um 50 Prozent betrifft nicht das Elektrizitätswerk (ewz), weil dort durchaus höhere Ausgaben nötig sein können. Seit Jahren wird der Betrag für die Öffentlichkeitsarbeit grösser und grösser. Dem sogenannten Monopolkonzern Stadt Zürich muss Einhalt geboten werden. Wenn etwas nicht bei der Stadt in Anspruch genommen wird, handelt es sich schlicht um eine Aufgabe, die die Stadt nicht wahrnehmen muss. Insofern muss die Öffentlichkeitsarbeit nicht in diesem Ausmass gestaltet werden. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserem Kürzungsantrag.

Rebekka Wyler (SP): Auch bei diesem Konto stimmt eine Mehrheit der Kommission einer pauschalen Kürzung von einer halben Million Franken zu. Den SVP-Antrag, der alle Beträge auf die Hälfte zusammenstreichen will, lehnen wir aber ab. Die Bevölkerung hat das Recht, über die Angebote und Leistungen der Stadt sowie über die eigenen Rechte und Pflichten informiert zu werden. Die Informationen können nicht grundsätzlich als unnötig und überflüssig bezeichnet werden. Die Mehrheit der RPK unterstützt die Informationsleistungen und empfiehlt deshalb den SVP-Antrag zur Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP): *Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb zum Beispiel die Verkehrsbetriebe (VBZ) ihr Budget für Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit für das nächste Jahr von 2,5 Mio. Franken auf 5 Mio. Franken verdoppeln müssen. Die VBZ sind ein Monopolbetrieb; die Benutzer des öffentlichen Verkehrs haben keine Auswahlmöglichkeiten. Temporäre Aktionen der VBZ in Öffentlichkeitsarbeit sind überflüssig. Auch die Vormundschaftsbehörde möchte ihre Temporären Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit verdoppeln, was nicht nachvollziehbar ist, da es keine Alternative zu dieser Behörde gibt. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge.*

Mauro Tuena (SVP): *Ich frage mich, was für Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit z. B. die Sozialen Dienste oder der Stadtrat machen müssen. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat dieses Geld nicht etwa für Abstimmungskämpfe einsetzt. Ich bitte namentlich die FDP, sich bei diesem Antrag nicht zu enthalten, sondern mit der Minderheit zu stimmen. Die SVP verlangt übrigens keine Streichung, sondern eine Kürzung.*

Marlène Butz (SP): *In den letzten Wochen ist es leider immer wieder zu Unfällen auf Fussgängerstreifen und Tramschienen gekommen. Die Autos lassen rechts meistens keinen Platz für die Velos, weshalb diese auf das Trottoir ausweichen, was wiederum für die Fussgängerinnen und Fussgänger nicht sehr angenehm ist. Die Verkehrsprävention verfügt heute eher über zu wenig als zu viel Geld. Gerade die SVP, die sich für eine Schulung der Fussgänger ausspricht, sollte eigentlich nicht die Kürzung dieses Postens beantragen.*

Roger Liebi (SVP): *Die Fussgängerlobby sollte ihre Interessen besser in den eigenen Kreisen, bei den Grünen oder bei der Stadträtin Ruth Genner vorbringen. Im Moment werden z. B. die Trottoirs verschmälert, damit mehr Platz für Velofahrerinnen und Velofahrer entsteht. Um dies zu verhindern, ist aber keine Öffentlichkeitsarbeit nötig. Viel nötiger wäre gesunder Menschenverstand für eine gute Politik.*

Mauro Tuena (SVP): *Für die Kürzung der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei spricht z. B. die gescheiterte Kampagne «Fertig Puff!», die sehr teuer und letztlich nutzlos war. Über solche Kampagnen machen sich die Leute nur lustig.*

12 / 15

S. --	3107 0000	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		4'186'900		-4'186'900	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
					Enthaltung Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Reduktion um 50 % Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

Konto 3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit

Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	5'000	-	2'500	2'500
1015	Stadtrat	12'500	-	6'300	6'200
1020	Stadtkanzlei	10'000	-	5'000	5'000
1030	Vormundschaftsbehörde	25'000	-	12'500	12'500
1080	Friedensrichterämter	4'600	-	2'300	2'300
1505	Stadtentwicklung	60'000	-	30'000	30'000
1530	Bevölkerungsamt	28'000	-	14'000	14'000
1560	Statistik Stadt Zürich	25'000	-	12'500	12'500
2500	PD Zentrale Verwaltung	5'000	-	2'500	2'500
2520	Stadtpolizei	519'000	-	259'500	259'500
2550	Schutz und Rettung	48'000	-	24'000	24'000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	26'000	-	13'000	13'000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	55'400	-	27'700	27'700
3020	Pflegezentren der Stadt Zürich	290'000	-	145'000	145'000
3026	Altersheime der Stadt Zürich	300'000	-	150'000	150'000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	593'500	-	296'800	296'700
3535	ERZ, Abwasser	245'000	-	122'500	122'500
3550	ERZ, Abfall	271'000	-	135'500	135'500
3555	ERZ, Fernwärme	218'000	-	109'000	109'000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	112'000	-	56'000	56'000
4540	Verkehrsbetriebe	5'133'300	-	2'566'700	2'566'600
5000	SSD Zentrale Verwaltung	20'200	-	10'100	10'100
5010	Schulamt	27'500	-	13'800	13'700
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	60'000	-	30'000	30'000
5050	Schulgesundheitsdienste	49'300	-	24'700	24'600
5063	Fachschule viventa	210'000	-	105'000	105'000
5550	Soziale Dienste	20'000	-	10'000	10'000
Total Kürzung				4'186'900	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Auch der Budgetposten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter ist in stetigem Wachstum begriffen. Im Budget 2011 reichten noch rund 251 Mio. Franken zur Finanzierung der weniger nötigen als wünschenswerten Dienstleistungen Dritter. Fürs nächste Jahr sollen es rund 7 Mio. Franken mehr sein. Es ist vor allem nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund die Dienstabteilung Kultur neu mehr als 6 Mio. Franken zur Verfügung haben soll. Die Kulturinstitute sind mit derart üppigen Subventionen ausgestattet, dass die Kulturschaffenden faktisch zu städtischen Angestellten werden. Die notwendigen Dienstleistungen sind mit dem eigenen Personal und den eigenen Kapazitäten zu bewältigen. Ein Ausgabenwachstum in dieser Dienstabteilung von 1,263 Mio. Franken oder über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für das Statistische Amt. Im laufenden Jahr waren für diese Ausgaben noch keine Mittel vorgesehen oder nötig. Es ist nicht nachvollziehbar, warum nächstes Jahr 650 000 Franken nötig sein sollen. Die geplanten Stichprobenerhöhungen und -befragungen durch den Bund müssen weiterhin mit dem eigenen Personal möglich sein. Dies gilt für alle weiteren aufgeführten Dienstabteilungen. Wir beantragen 26 Kürzungen auf den Budgetstand 2011.

Rebekka Wyler (SP): Wie gesagt, stimmt eine Mehrheit der RPK gewissen Kürzungen zu, jedoch sicher nicht im Bereich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Dieser Antrag ist gewerbefeindlich. Viele kleine Auftragnehmer und KMU haben schon dieses Jahr die Auswirkungen des Sparbudgets 2011 gespürt. Die SVP will die Situation nochmals verschärfen und riskiert damit Existenzen – gerade in Anbetracht der aktuellen Konjunktur. In vielen kleinen Betrieben, wie z. B. im Bereich Grafik oder Fotografie, stützen die Aufträge der Stadt dann, wenn andere Aufträge ausbleiben. Die Mehrheit der RPK lehnt diesen Antrag entschieden ab.

Weitere Wortmeldungen:

Theo Hauri (SVP): Diese Aufträge werden allerdings knapp bezahlt. Man muss scharf rechnen und effizient arbeiten, um am Ende überhaupt noch etwas zu erhalten. Seit Jahrzehnten prangert die SVP-Fraktion das unverantwortliche Ausgabenwachstum der Stadt an und zeigt mit moderaten Sparvorschlägen zumutbare Wege zur Stärkung des Eigenkapitals auf. Angesichts der zunehmend düsteren Wirtschaftsperspektive führt kein Weg an einer gezielten Ausgabenreduktion vorbei. Das Konto Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter erweist sich immer wieder als Fundgrube für allerlei wünschbaren Luxus à discrétion. Es ist bedenklich, wenn im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) für nicht näher definierte Umweltprojekte 80 000 Franken und für die koordiniert-ökologische Beschaffung weitere 20 000 Franken gefordert werden, bis insgesamt 330 000 Franken auf dem Konto eingestellt sind. Ebenso verschwendet wird das Geld im Stadtärztlichen Dienst sowie im Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ). Die Abstriche, die sich aus den von uns vorgeschlagenen Kürzungen ergeben, sind zumutbar. Unter den heute noch einigermaßen günstigen Rahmenbedingungen muss der

Stadtrat die dringend notwendigen Einsparungen realisieren. Wer endlich Nägel mit Köpfen machen will, stimmt mit der Minderheit.

S. --	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat	gem. Budgetentwurf 2012 inkl. Nachtrag			Mehrheit
		7'480'700		-7'480'700	Minderheit
					Enthaltung
					Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Beträge gemäss Budget 2011 Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

Konto 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Verbesse- rung	Budget neu
1000	Gemeinde	198'000	-	28'000	170'000
1005	Gemeinderat	70'000	-	15'000	55'000
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	18'000	-	2'200	15'800
1015	Stadtrat	17'700	-	4'900	12'800
1030	Vormundschaftsbehörde	1'500'000	-	260'000	1'240'000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	33'000	-	6'000	27'000
1070	Betreibungsämter	801'000	-	78'500	722'500
1080	Friedensrichterämter	25'800	-	2'400	23'400
1501	Kultur	6'183'300	-	1'263'300	4'920'000
1560	Statistik Stadt Zürich	500'000	150'000	650'000	-
1561	Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	45'000	-	45'000	-
1565	Stadttarchiv	140'000	-	140'000	-
2000	FD Zentrale Verwaltung	68'000	-	17'000	51'000
2022	Wohnliegenschaften	811'000	-	15'200	795'800
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	377'000	-	25'000	352'000
2027	Gewerbe-Immobilien	1'871'000	-	768'600	1'102'400
2031	Wohnsiedlungen	2'380'000	-	54'900	2'325'100
2050	Human Resources Management	168'000	-	58'300	109'700
2080	Organisation und Informatik	4'629'000	-	550'000	4'079'000
2520	Stadtpolizei	4'176'500	-	264'000	3'912'500
2555	Dienstabteilung Verkehr	1'724'000	-	195'000	1'529'000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	3'381'200	205'300	427'000	3'159'500
3026	Altersheime der Stadt Zürich	1'473'500	-	358'700	1'114'800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	2'406'500	-	336'700	2'069'800
3560	ERZ, Stadtreinigung	3'263'600	-	70'700	3'192'900
4000	HBD Zentrale Verwaltung	155'000	-	55'000	100'000
4020	Amt für Hochbauten	138'300	-	19'300	119'000
4035	Amt für Baubewilligungen	290'000	-	90'000	200'000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	320'000	-	107'500	212'500
4540	Verkehrsbetriebe	27'794'400	-	1'120'000	26'674'400

15 / 15

5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	250'000	-	70'000	180'000
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	182'000	-	7'000	175'000
5050	Schulgesundheitsdienste	1'836'500	-	166'500	1'670'000
5063	Fachschule viventa	180'000	-	32'000	148'000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	49'000	-	5'500	43'500
5520	Laufbahnzentrum	1'421'800	-	171'500	1'250'300
Total Kürzung				7'480'700	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 25 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 96, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat